Mittwoch, 9. Juni 2010

#### 95 Thesen, oder der Mahnruf eines brandenburgischen Unternehmers

von Helmut Fritsche - GeschĤftsfļhrer der Klosterbrauerei Neuzelle

- 1. Eine gesunde Wirtschaft ist nicht alles im Staat, aber ohne eine gesunde Wirtschaft verkümmern Kultur, Bildung und Soziales.
  - 2. Die BehĶrden haben der Wirtschaft und nicht die Wirtschaft den BehĶrden zu dienen.
  - 3. Mitarbeiter in BehĶrden und Ķffentlichen Verwaltungen sind Arbeitnehmer aller Bļrger.
- 4. Der lateinische Wortstamm des Wortes Minister bedeutet die nen, nicht verdienen oder mit amtlicher Arroganz herrschen.
- 5. Es ist höchste Zeit, dass Minister ihr Ministerium nicht nur verwalten, sondern ein Mindestmaß an fachlicher Kompetenz mitbringen.
  - 6. Ehrbegriffe müssen in der Politik als erstes Geltung haben.
- 7. Der Zuwachs von Abgeordneten-Diäten pro Jahr ist am Durchschnittszuwachs des Einkommens der deutschen Arbeitnehmer zu orientieren.
- 8. Die Überreglementierung durch den Staat tötet Unternehmertum und macht unser Land mit zum Standortproblem.
  - 9. Der Staat hat sich weitestgehend auf seine hoheitlichen Aufgaben zu beschrĤnken.
- 10. Weg vom GefĤlligkeitsstaat, hin zum Verantwortungsstaat.
- 11. Wirtschaftspolitik hat zuerst dem Mittelstand zu dienen, nicht nur dem Wohl von GroÄŸkonzernen.
- 12. Mit der Sozialisierung von Verlusten in Groğunternehmen muss es aufhĶren.
- 13. Der Mittelstand bildet den HaupttrĤgern unserer sozialen Markwirtschaft.
- 14. Der Mittelstand muss mit allen Mitteln gestĤrkt und gefĶrdert werden. Nur er garantiert eine hohe Anzahl von ArbeitsplĤtzen.
- 15. Dauerhafte Hilfen für den Mittelstand sind n i c h t Subventionen, sondern Steuererleichterungen.
- 16. In erster Linie garantiert eine gute Mittelstandspolitik ein hohes Steueraufkommen.
- 17. Wir brauchen eine StĤrkung der Eigenkapitaldecke mittelstĤndischer Unternehmen.
- 18. Die Erbschaftssteuer fļr BetriebsvermĶgen von Mittelstandsunternehmen muss beseitigt werden.
- 19. WirtschaftsstudiengĤnge sind verstĤrkt am Mittelstand und insbesondere am Ziel zukünftiger StelbstĤndigkeit auszurichten.
- 20. Tarifvertragsfreiheit für Kleinbetriebe, insbesondere für kleine Handwerksbetriebe, ist umgehend auszuhandeln.
- 21. Dem BetriebsvermĶgen entzogene Gewinne müssen steuerlich anders behandelt werden als im Betriebsvermögen verbleibene.
- 22. Die Gewerbesteuern, zumindest die Gewerbekapitalsteuern, müssen abgeschafft werden.

- 23. Der Innovationskraft in unserem Lande in vielen industriellen und wirtschaftlichen Sparten muss wieder der gebührende Auftrieb gegeben werden.
- 24. Zur StĤrkung der Innovationskraft unseres Landes bedarf es der Aufwertung und Neubelebung technischen Erfindergeistes.
- 25. Dem Forschergeist und den schĶpferischen Talenten in unserem Lande muss wieder der gebļhrende Stellenwert eingerĤumt werden.
- 26. Der Wohlstand unseres Landes beruht nicht auf Rohstoffreichtum, sondern auf dem hohen Stand unserer Erfindungen und Produkte.
- 27. Wir brauchen mehr als je zuvor Führungskräfte kraft Könnens! Auf solche kraft Amtes können wir getrost verzichten.
- 28. Wenn wir weiter SpitzenlĶhne zahlen und unser soziales Netz erhalten wollen, muss die fļhrende Stellung in einer Reihe von Wirtschaftszweigen zurļck erobert werden.
- 29. Wer mittelmäßige Produkte herstellt, darf auch nur mittelmäßige, an der ausländischen Konkurrenz orientierte Löhne zahlen.
- 30. Die Einnahmen aus Patenten müssen steuerlich begünstigt werden.
- 31. Die Patentgebühren sind zu verringern.
- 32. Die Zeiten bei der Vergabe von Patenten müssen halbiert werden.
- 33. Wir brauchen einen Technik-Preis, ähnlich dem Nobel-Preis, zur Aufwertung bedeutender Erfinder.
- 34. Forschungsaufgaben an Universitäten mýssen stärker koordiniert werden, um einen effizienteren Einsatz der Forschungsgelder zu gewährleisten.
- 35. Sowohl betriebliche als auch steuerliche Mittel müssen vermehrt für Forschungsaufgaben ausgegeben werden.
- 36. Ein Technologierat muss zur besseren Verbindung von Forschung, Wirtschaft und Politik ins Leben gerufen werden.
- 37. Das überhandnehmende Subventionssystem in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union ist ein Unding für die Marktwirtschaft.
- 38. Subventionen haben allein eine Exitenzberechtigung als Anschub für Unternehmensgründungen, die Forschung oder die Aufrechterhaltung einer lebensnotwendigen Mindestversorgungsbasis (Landwirtschaft, Energieversorung, Verteidigung).
- 39. Subventionen stĶren erheblich den Ausleseprozess am Markt.
- 40. Erhaltungssubventionen für marode Unternehmen sind zu streichen.
- 41. Subventionen schwĤchen die Leistungsbereitschaft und den Willen zur Selbsthilfe bei den Unternehmen.
- 42. Subventionen verhindern Strukturwandel zur richtigen Zeit.
- 43. Subventionen beeintrĤchtigen das marktwirtschaftliche Steuerungssystem.
- 44. Alle Subventionen müssen unter dem Aspekt ihrer Gemeinnützigkeit einer Vorkontrolle durch unabhängige Gremien auf allen parlamentarischen Ebenen unterzogen werden.
- 45. Steuern und verdeckte Abgaben dürfen nicht die Leistungsbereitschaft zerstören.

- 46. Wir brauchen eine drastische Vereinfachung unseres Steuerrechts. Der Steuerdschungel ist selbst für Steuerberater nicht mehr überblickbar.
- 47. Es gibt keine finanziellen Gemeinde-, Kreis-, Landes-, Bundes- und Europamittel, sondern es gibt nur Mittel der B $\tilde{A}$  $^{\prime}$ rger, die ihnen zwecks gemeinschaftlicher Notwendigkeiten  $\tilde{A}$  $^{\prime}$ ber Steuern weggenommen und neu verteilt werden.
- 48. Die Staatsorgane sind keine WertschĶpfer! Dies sollte endlich auch in der Sprache deutlich werden.
- 49. Es gibt zum Beispiel keine "Bundesmittel", sondern nur Steuergelder der Bürger, über die der Bund verfügen darf.
- 50. Die Staatsfļhrung muss sich auf ihre Pflicht besinnen, die Steuergelder sparsam und verantwortlich auszugeben.
- 51. Die Verwaltungen m $\tilde{A}^{1/2}$ ssen lernen, sich an marktwirtschaftlichen Denkkategorien zu orientieren. Die Beamten m $\tilde{A}^{1/2}$ ssen dementsprechend geschult werden.
- 52. Bund, Länder und Gemeinden müssen radikal ihre Aufgaben durchforsten.
- 53. Es müssen Wege gefunden werden, dass die staatlichen Bauaktivitäten nicht durschnittlich 50 bis 100 Prozent teurer sind als private.
- 54. Auf allen staatlichen Ebenen muss die Netto-Neuverschuldung konsequent auf Null gebracht werden.
- 55. Die derzeitige niedrige Arbeitszeit der Staatsdiener darf kein Tabu bleiben.
- 56. Bundes- und LandesrechnungshĶfe müssen bereits während der Entstehung der Haushalte begleitend kontrollieren können.
- 57. Der Präsident des Bundesrechnungshofes muss Rederecht im Bundestag, die Präsidenten der Landesrechnungshöfe Rederecht zu Haushaltsfragen in den jeweiligen Landtagen erhalten.
- 58. Die groÄŸe Mehrheit der staatlichen Unternehmen ist zu privatisieren.
- 59. Beamte, die in grober Fahrlässigkeit Steuern der Bürger fehlleiten, müssen persönlich zur Verwantwortung gezogen werden können.
- 60. Beamte haben im Rahmen der Gesetze zum Wohl der Bürger und Unternehmen zu handeln.
- 61. Es müssen neue Wege zur Veringerung der Arbeitslosigkeit beschritten werden, denn Arbeit ist für unser abendländisches Dasein Teil unserer Menschenwürde.
- 62. Arbeitslose sollten, wenn sie gesund sind, auch Arbeiten annehmen müssen, die nicht ihrem Ausbildungsniveau oder ihrer letzten Tätigkeit entsprechen.
- 63. Studenten ist zu empfehlen, vor dem Studium einen Facharbeiterbrief zu erwerben oder ein Handwerk zu lernen.
- 64. Die starren Tages- und Wochenarbeitszeiten müssen durch flexible Quartals- oder Jahresarbeitszeiten ersetzt werden.
- 65. Den wenigen in Frage kommenden Betrieben mýssen längere Maschinenlaufzeiten auch in Form der Zulassung von Sonn- und Feiertagsarbeit ermöglicht werden.
- 66. Das Abstandsgebot zwischen Lohn- und Sozialhilfe ist generell zu wahren.
- 67. In Deutschland legal arbeitende auslĤndische ArbeitskrĤfte müssen die gleichen Löhne erhalten wie ihre deutschen Kollegen.
- 68. Die TĤtigkeit von ArbeitskrĤften aus LĤndern, die nicht Mitglied der EU sind, muss eingeschrĤnkt werden.
- 69. Schwarzarbeit muss konsequent bekämpft werden.

- 70. Soziale Leistungen sind für die noch nicht oder nicht mehr Arbeitstätigen, nicht für die Arbeitsunwilligen gedacht.
- 71. Das Rentenalter ist entsprechend der zunehmenden Lebenserwartung zu erhĶhen. Wer frļher in Rente gehen will, muss dafļr persĶnliche Vorsorge treffen oder Abstriche hinnehmen.
- 72. Die vom Staat den Unternehmen und Freiberuflern auferlegten bürokratischen Lasten sind radikal zu verringern.
- 73. Weg von den Pflichtmitgliedschaften in Kammern.
- 74. Wir brauchen eine von Banken und WirtschĤftverbĤnden getragene Existenzgrļndungsoffensive.
- 75. Banken müssen gegebüber kapitalarmen, aber innovativen Existenzgründern wieder mehr Mut zeigen.
- 76. Zur Verbesserung der Haushaltslage muss es endlich möglich sein, auch wieder Themen anzuführen, die bei uns wie Tabus gemieden werden.
- 77. Das einzig wirksame Prinzip der Entwicklunsghilfe, nämlich Hilfe zur Selbsthilfe zu schaffen, muss Kern unserer Entwicklungshilfe-Programme werden.
- 78. In unserer Gesellschaft muss das zur Mode gewordene Prinzip zur Selbstverwirklichung durch das Prinzip der Selbstverantwortlichkeit in der Gemeinschaft ersetzt werden.
- 79. Kinder sind die Zukunft unseres Landes, sie sollten deshalb dementsprechend gefĶrdert werden.
- 80. Die Familie als kleinste Zelle des Staates muss wieder in den Mittelpunkt aller Gesellschaftspolitik rücken.
- 81. Es muss endlich erkannt werden, dass ein Höchstmaß an persönlicher Bedürfnisbefriedigung, verbunden mit einem Mindestmaß an Gemeinschaftsbildung und moralischer Selbstbeschränkung das Ende unserer Wirtschafts- und Staatsordnung darstellt.
- 82. Der Niedergang von Wert- und Moralvorstellungen wie Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein, Tatkraft, Opferbereitschaft, Dienst am NĤchsten, Ehrlichkeit, FleiÄŸ, Pünktlichkeit muss aufgehalten werden, denn diese sind eine ernsthafte Bedrohung für unser Wirtschaftsleben.
- 83. Unsere Schulen brauchen neue LehrplĤne, welche die Lehrer nicht nur zur Fachbildung, sondern ebenso zur ethisch-moralischen Werterziehung verpflichten.
- 84. Die Ausleseverfahren in den Parteien für Politiker müssen verbessert werden.
- 85. Eine acht- bis zehnjährige Berufserfahrung muss die Vorraussetzung für die Übernahme von Landtags-, Bundestags-, und Europamandaten bilden.
- 86. Es müssen Pflichtschulungen der Parteien für ihre Abgeordneten eingeführt werden, damit ein Mindestmaß an Kompetenz für die jeweiligen Entscheidungsbereiche des Abgeordneten gegeben sind.
- 87. Abgeordneter zu sein darf nicht Beruf, sondern muss wieder Berufung sein.
- 88. Drei Legislaturperioden für Abgeordnete in den Parlamenten reichen aus.
- 89. Die staatsmĤnnische Begabungen im politischen Leben zu erhalten, sollten die Parteien 10% ihrer Abgeordneten auch über drei Legislaturperioden hinaus ins Parlament entsenden können.
- 90. Frauen- und Männerquoten für Mandate sind Unsinn. Wenn überhaupt Quoten, dann für Berufssparten, die in unseren Parlamenten nicht mehr oder nicht ausreichend vertreten sind.
- 91. Die Quote ist eine Herabsetzung für alle weiblichen Politiker und Mandatsträger. Wichtiger ist die gute Ausbildung und Förderung von Frauen.
- 92. Politiker sollten nur in AufsichtsrĤte aufgenommen werden, wenn sie ein MindestmaÄŸ an wirtschaftlichen und

unternehmerischen Fachwissen haben.

- 93. Europawahlen und Bundestagswahlen sowie Kommunal- und Landtagswahlen sind auf jeweils einen gemeinsamen, für ganz Deutschland gültigen Wahltermin anzuberaumen.
- 94. Unternehmer, die ihren Betrieb an die nächste Generation abgegeben haben, sollten mit ihrem Sachverstand alle Ebenen in den Parlamenten verstärken.
- 95. Unternehmer, Bauern, Freiberufler und alle Selbständigen müssen sich verstärkt um Politik kümmern. Der Verzicht auf politische Tätigkeit schützt nicht vor den Folgen der Politik.

Politiker dürfen nicht mehr sagen:

"Hier stehe ich, doch ich kann a u ch anders",

sondern mit Luther:

"Hier stehe ich, und ich kann n i c h t anders!"

Geschrieben von Rene Sonnenberg in Neuigkeiten, Ratsbote um 10:26